

LEIPZIGER
ARBEITSKÄMPFE
2022/2023



GEGENMACHT VON UNTEN AUFBAUEN!



www.rotewendeleipzig.org



Die Rote Wende Leipzig ist eine lokale Gruppe, die seit 2016 für eine befreite Gesellschaft jenseits kapitalistischer Zwänge kämpft. Gemeinsam mit den Revolutionären Frauen Leipzig und der Jugend im Kampf leisten wir Bildungsarbeit, veranstalten Demos & Kundgebungen und unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe. Schaut auf unsere Website oder besucht uns auf Instagram!

Veröffentlicht von:

Rote Wende Leipzig

Erscheinungsjahr:

2023

Alle Quellen findet ihr auf unserer Homepage:

rotewendeleipzig.org

Instagram:

[@rotewendeleipzig](https://www.instagram.com/rotewendeleipzig)



KÄMPFEN LOHNT SICH!

Tausende Menschen beteiligten sich letztes Jahr an Arbeitsstreiks in Leipzig und der Region.

Die Streiks des letzten Jahres haben ein Problem unserer Gesellschaft deutlich gemacht:

Systemrelevante Arbeit wird (finanziell) nicht wertgeschätzt.

Die Menschen in den Chefetagen dagegen werden immer reicher. Und entscheiden dann, ob wir einen dringend notwendigen Inflationsausgleich verdient hätten.

Trotz aller Widerstände haben sich die Menschen den Arbeitgebern mutig in den Weg gestellt.

Sie haben für faire Löhne, menschenwürdige Arbeitszeiten und notwendige Wertschätzung gekämpft. Es gab Niederlagen und Erfolge. Auf Momente der Hoffnungslosigkeit folgten Augenblicke des Glücks.

Mit dieser Broschüre wollen wir einige Arbeitskämpfe in Leipzig und Region sichtbar machen und zeigen:

Es lohnt sich, den Mächtigen die Stirn zu bieten!

INHALT

| | |
|-----------|-------------------------------|
| 4 | TVöD - Öffentlicher Dienst |
| 7 | Sozial- und Erziehungsdienste |
| 10 | ÖPNV & Klima |
| 14 | Amazon |
| 17 | Post |
| 20 | Riesa Nudeln |
| 24 | Unsere Perspektive |

1

TVÖD - TARIFVERTRAG ÖFFENTLICHER DIENST

400.000

Streikende

2,5 Millionen

Beschäftigte bundesweit

10,5%

**Mehr Gehalt fordern die
Beschäftigten**



TVöD - TARIFVERTRAG ÖFFENTLICHER DIENST

Kurz erklärt:

Der Öffentliche Dienst betrifft alle Beschäftigten, die beim Bund oder einem VKA-Mitglied angestellt sind (zB. Verwaltung, Entsorgung/Müllabfuhr, Pflegepersonal, Sozial- und Erziehungsdienste, Nahverkehr- und Versorgungsbetriebe, Flughäfen)

Von Ende Januar bis Ende März liefen die Tarifverhandlungen um den TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst). Mit rund 2,5 Millionen Beschäftigten bundesweit ist dieser Tarifvertrag wohl einer der wichtigsten und einflussreichsten. Und das eben diese Masse an ArbeiterInnen das Land gehörig lahm legen können, wenn sie ihre Arbeit niederlegen, haben sie definitiv bewiesen. Die Gewerkschaft Ver.di fordert für die

Beschäftigten von Bund und Kommunen 10,5% mehr Gehalt, mindestens aber 500€ mehr im Monat. Während der laufenden Verhandlungen, kam es immer wieder zu Streiks von Angestellten in der Verwaltung, an Flughäfen, im Nahverkehr, sowie an vielen anderen Arbeitsplätzen. Schon am Vorabend des Verhandlungsbeginns, beteiligten sich laut Ver.di rund 325.000 Menschen an einem sogenannten „Stärketest“. Eine solche Beteiligung ist einmalig und zeigt die Entschlossenheit der ArbeiterInnen. Die letzte Tarifrunde wurde begleitet von einem bundesweiten Mobilitäts-Warnstreiktag von Flughäfen, sowie Nah- und Fernverkehr, gemeinsam mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).

Kein Entgegenkommen der Arbeitgeber

Auf die Forderungen nach Inflationsausgleich reagierten die Arbeitgeber mit einem jämmerlichen Angebot von 300€ bzw. 8% Lohnerhöhung aufgeteilt auf zwei Jahre.

Damit befinden sich die Verhandlungen aktuell in der Schlichtung, als letzte Einigung auf dem Verhandlungsweg. Hier verhandeln je 12 VertreterInnen der beiden Konfliktparteien, sowie je ein unparteiischer Schlichter. Sollte auch die Schlichtung zu keiner Übereinkunft kommen, können die Beschäftigten in den Erzwingungsstreik gehen.

Der Erzwingungsstreik ist, anders als der Warnstreik, unbefristet bis es zu einem Tarifergebnis kommt.

Es kann sehr anstrengend, zeit- und kostenintensiv für die Streikenden und die Gewerkschaft werden.

Solidarität bei TVöD besonders wichtig

Deswegen ist unsere Solidarität mit den Streikenden im öffentlichen Dienst besonders wichtig, da der Schaden für die Arbeitgeber, wenn überhaupt, nur sehr gering ist und leidtragend meist die arbeitende Bevölkerung ist.

Unsere Wut sollte sich aber niemals gegen die Streikenden richten, verantwortlich sind immernoch die Arbeitgeber, die den gerechtfertigten Forderungen nach Inflationsausgleich und gegen Reallohnverlust nicht nachkommen.

2

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

2

Entlastungstage wurden erreicht



3

Verhandlungsrunden fanden statt

180

Je nach Berufsgruppe gibt es Zulagen bis zu 180 € pro Monat

45.000

Beschäftigte legten die Arbeit nieder

330.000

Für 330.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen wurden die Einigungen getroffen

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

In der Tarifrunde 2022 haben sich Ver.di und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) für die rund 330.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen geeinigt. Das Ergebnis beinhaltet zunächst die Gewährung von zwei pauschalen Entlastungstagen für alle Beschäftigten und die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in zwei weitere Entlastungstage umzuwandeln.



Darüber hinaus werden zur Aufwertung der Tätigkeiten im Sozial- und Erziehungsdienst je nach Berufsgruppe monatliche Zulagen zwischen 130 Euro und 180 Euro gezahlt.

Monatliche Zulagen für die Beschäftigten

Für Erzieherinnen und Erzieher ist eine monatliche Zulage von 130 Euro vorgesehen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter erhalten 180 Euro mehr. Außerdem enthält der Abschluss zahlreiche Verbesserungen, die zu einer höheren Eingruppierung (innerhalb des Tarifvertrags) führen. Erstmals gibt es eine Praxisanleiterzulage in Höhe von 70 Euro und Auszubildende in der Heilerziehungspflege erhalten zum ersten Mal eine tarifliche Ausbildungsvergütung.

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST

Die Stufenlaufzeiten werden wieder an die allgemeinen Tabellen des öffentlichen Dienstes angepasst, um schnellere Stufenaufstiege und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Der Abschluss hat eine Laufzeit von fünf Jahren bis zum 31. Dezember 2026. Die Verhandlungen betrafen nicht nur die 330.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Kommunen, sondern auch zahlreiche Beschäftigte anderer Träger, die das Verhandlungsergebnis übernehmen.

Die drei Verhandlungsrunden wurden von Aktionen, Kundgebungen und Warnstreiks begleitet, bei denen zeitweise rund 45.000 Beschäftigte die Arbeit niederlegten.



3 ÖPNV



3 Verhandlungsrunden ohne Ergebnis
(Stand Mitte April)

0 Straßenbahnen & Busse verließen die
Depots während der letzten Streiks

60.000 Streikende am 03.03.23
(bundesweit)

10.000 Menschen zum Globalen
Klimastreik & ÖPNV Streik
auf der Straße in Leipzig



Die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer bei Bussen und Bahnen der Leipziger Verkehrsbetriebe sind erschreckend: überlange Arbeitszeiten oder geteilte Schichten (beispielsweise 4h morgens und 4h abends) oder zu kurze Pausen führen zu Stress. Dementsprechend groß ist der Krankenstand. Viele Kollegen müssen irgendwann ihren Job kündigen, obwohl sie gerne fahren, da die Arbeitsbelastung einfach zu hoch ist.

„Die durch die Inflation gestiegenen Preise waren nur das i-Tüpfelchen auf der allgemeinen Unzufriedenheit bei den Beschäftigten“, erzählt Torben. (Name von der Redaktion geändert) Er arbeitet seit knapp 4 Jahren bei der LVB und hat die Leipziger Betriebsgruppe mitaufgebaut. Die Stimmung war offen, „die Kolleginnen und

Kollegen brannten darauf, richtig zu streiken“, sagt Torben, „wir wollten weg von den Pseudostreiks, die wir bisher geführt haben.“

Erzwingungsstreik in Aussicht

Auf den formal-rechtlichen Partizipationsstreik folgten Verhandlungen, diese sind gescheitert. Bis zum 18.04.23 wurde geschlichtet, die 4. Verhandlungsrunde dauert vom 21.-22. April 2023. Es folgen Tarifkommission, Mitgliederbefragung, schließlich Ur-Abstimmung. Die öffentliche Mobilisierung ist groß. Allein am 03.03.23 legten bundesweit rund 60.000 Beschäftigte ihre Arbeit nieder. Die Gewerkschaft Ver.di steht unter Druck, sie kann keinen schlechten Deal annehmen und muss Ergebnisse erzielen.



Macht der Arbeitgeber dicht, steht die Aussicht auf einen Erzwingungsstreik.

Bündnis für bessere Arbeitsbedingungen, Verkehrswende und Klimaschutz

Seit 2020 besteht eine Annäherung der gewerkschaftlichen Kämpfe im öffentlichen Nahverkehr und der Klimaschutzbewegung. Am 03.03.23 wurde deshalb zusammen gestreikt: erst morgens in den Betrieben, dann nachmittags auf der Demo des bundesweiten Klimastreiks. In Leipzig waren knapp 10.000 Menschen auf der Straße. Mittendrin: der Gewerkschaftsblock von Ver.di.



Geschrei von Kapitalvertretern und PolitikerInnen

Nicht nur der Arbeitgeberverband, auch die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Sachsen griffen direkt an. Es sei „dünnnes Eis“, dass Ver.di sich mit politischen Bewegungen zusammenschließe und aus den „Fesseln des Streikrechts“ ausbreche. Die Mächtigen haben Angst, die Bewegung würde das Streikrecht aushebeln und sich zu einem politischen Streik entwickeln. „Der gewerkschaftliche Prozess dauert, aber er lohnt sich“, erzählt Torben begeistert, „die Dynamik, die entsteht, wenn Menschen plötzlich ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen, ist enorm.“ Ein Streik mobilisiert Menschen, die sich vorher niemals für politisch gehalten hätten.



Nach der ersten Streikversammlung habe sich ein Straßenbahnfahrer zu Wort gemeldet und gemeint, er sei doch sein ganzes Berufsleben lang zu Gehorsam erzogen worden. Plötzlich alles selbst zu organisieren, falle einem einfachen Arbeiter wie ihm schwer. Ein paar Wochen später entwickelte genau dieser Mann den Streik strategisch und taktisch mit, steckte in Planungsmeetings und diskutierte aktiv. Die Teilnahme an einem Lohnstreik ist der erste Schritt, die Gesellschaft von innen heraus zu verändern.

„Ermutigt man die Menschen erstmal dazu, für ihre Rechte einzustehen, kommen plötzlich völlig neue Qualitäten zum Vorschein“, sagt Torben, „das ermutigt die Menschen, weiterzumachen und für weitere Themen als ihren Lohn auf die Straße zu gehen.“

Eine Streikbewegung setzt Energien frei, die in politische Themen fließen können. „Es schlummert so viel Potenzial in diesen Kämpfen“, sagt Torben, „das müssen wir nutzen.“



4 AMAZON

350 Streikende
am Amazon Standort Leipzig

10 Jahre fordern die Beschäftigten bereits
einen Tarifvertrag

30 Streiks in über 30 Ländern im
Rahmen der "Make Amazon Pay"
Kampagne



make amazon pay



Die Beschäftigten von Amazon in Leipzig und anderen Städten Deutschlands kämpfen bereits seit Jahren für eine Bezahlung nach dem Tarifvertrag des Einzel- und Versandhandels. Nach diesem würden den ArbeiterInnen, neben höheren Löhnen, auch mehr Urlaubstage und Sondervergütungen zustehen.

Außerdem streikten die Arbeitenden für gesündere Bedingungen im Schichtbetrieb. Die psychische und physische Belastung ist durch die monotone Arbeit enorm.

10 Jahre Kampf für den Tarifvertrag

Die Gewerkschaft Ver.di versucht seit Jahren mit dem US-Konzern einen Haus- oder Flächentarifvertrag abzuschließen.

Amazon allerdings weigert sich und bezahlt ArbeiterInnen nach eigenem System, als "Logistiker". Insgesamt verdienen Beschäftigte bei Amazon mehrere tausend Euro weniger, als KollegInnen bei tarifgebundenen Unternehmen.

Am Standort Leipzig wurde Ende 2022 gestreikt, auch im Rahmen der internationalen Streikkampagne "Make Amazon Pay".

„Make Amazon Pay“

Diese rief, in ca. 30 Ländern, zum 25. November, dem sogenannten "Black Friday", einem der wohl arbeitsreichsten Tage des Jahres, zu verschiedenen Aktionen auf und forderten neben höheren Löhnen auch besseren

AMAZON

Arbeitsschutz und reduzierte CO2-Emissionen. Die Streikenden bei Amazon konnten im Jahr 2022 zwar eine einmalige Gehaltserhöhung von etwa einem Euro (Gehaltserhöhung unterscheidet sich je nach Standort) erkämpfen. Angesichts der Preissteigerungen im letzten Jahr ist das aber, wenn überhaupt, ein Tropfen auf den heißen Stein, der die Arbeitenden bei der Stange halten soll.

Seit Jahren weigert sich der Online-Riese erfolgreich gegen einen Tarifvertrag. Gleichzeitig hat Amazon aber weltweit immer mehr mit Gewerkschaften und der Organisierung von ArbeiterInnen zu kämpfen. Das zeigt deutlich, dass der Kampfgeist der Beschäftigten sich auszahlen wird.



5 POST



15%

mehr Lohn wurde gefordert

11,5%

mehr Lohn wurde erkämpft

5.000

Streikende im Raum
Halle / Leipzig

200€

mehr Ausbildungsvergütung wurde
gefordert

160.000

Tarifbeschäftigte waren
insgesamt betroffen

POST

Die Beschäftigten der Deutschen Post AG streikten in Form von mehreren Warnstreiks von Januar bis März 2023. Konkrete Forderungen der ArbeiterInnen und Ver.di waren hier eine Lohnerhöhung von 15 % für die ca. 160.000 Tarifbeschäftigten, sowie dass die Ausbildungsvergütung um 200 € angehoben wird. Auch im Raum Leipzig und Halle legten ca. 5.000 Postbeschäftigte die Arbeit nieder, besonders betroffen war das Brief- und Paketzentrum in Radefeld bei Leipzig. In Halle kam es zu Großkundengebungen mit mehreren hundert Streikenden.

86% für unbefristeten Streik

Bis zum 8. März 2023 lief die Urabstimmung von Ver.di.



Knapp 86% der Mitglieder stimmten für einen unbefristeten Streik und gegen das bisherige Angebot der Post, nachdem die Deutsche Post AG in den ersten Tarifverhandlungen im Januar und Februar weit unter den Forderungen geblieben war.

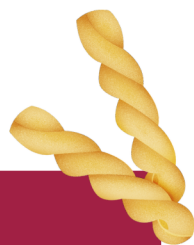
POST

Die Post lehnte die Forderungen zunächst mit der Begründung ab, sie seien wirtschaftlich nicht tragbar – und das, obwohl der Konzern für 2022 einen Rekordgewinn von 8,4 Milliarden Euro erwartet.

Um unbefristete Streiks der Beschäftigten zu vermeiden, einigten sich die Deutsche Post AG und Ver.di schließlich auf eine Lohnerhöhung von 11,5 % (340 €/Monat) sowie Sonderzahlungen von insgesamt 3.000 € über 15 Monate ab dem 1. April 2024. Zudem beträgt die Laufzeit der neuen Tarifverträge nun 24 Monate. Auch eine steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung zum Inflationsausgleich für Tarifbeschäftigte, Auszubildende und dual Studierende in Höhe von 1020 € wurde erfolgreich erstreikt!



6 RIESA NUDELN



7 Wochen langer Streik im
Oktober/November 2022

2€ mehr Stundenlohn wurden erkämpft

1,9 Millionen € Jahresgewinn verzeichnet
der Standort Riesa

150 Beschäftigte, davon waren viele im
Niedriglohnsektor (12,51€)

346 Das erkämpfte Lohnplus sind 346€
monatlich.



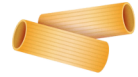
Mit einer jährlichen Produktion von 12.000t Nudeln war das Unternehmen der leistungsfähigste Teigwarenhersteller der DDR. Am 1. September 1992 wurde der Betrieb durch die Konsum-Zentrale in Berlin stillgelegt. Seit dem 1. Januar 1993 wird die Fabrik als Tochter der Alb-Gold Teigwaren GmbH, mit Sitz im baden-württembergischen Trochtelfingen weitergeführt. Diese hat das Unternehmen nach der Wende für 1 Mark gekauft.

Mittlerweile arbeiten rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Nudelproduktion. Im ganzen Unternehmen gab es bisher keinen Betriebsrat. Die Teigwaren Riesa GmbH ist ein Unternehmen mit Sitz in Riesa in Sachsen. Die hergestellten Trockenteigwaren werden deutschlandweit vertrieben. Die Produkte sind in den neuen Bundesländern seit 1996 mit einem Marktanteil von etwa 30 % Marktführer.

Niedriglohn betrifft vor allem Frauen in der Verpackung

Beschäftigte erhielten vor dem Streik einen Niedriglohn von stündlich 12,51€. Das betraf vor allem Frauen in der Verpackung. Auch, wenn sie schon Jahrzehnte im Unternehmen, an Wochenenden und Feiertagen arbeiteten.





Doch damit sollte Schluss sein. Über 7 Wochen streikten die Beschäftigten des ostdeutschen Marktführers der Teigwaren. Sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohns um 2€. Das Unternehmen verzeichnete am Standort Riesa zuletzt einen Jahresgewinn von 1,9 Millionen Euro.

Für die Eigentümerfamilie kam die Organisierung einer Majestätsbeleidigung gleich

Mit einer Woche Streik entstehen für das Unternehmen Kosten von 500.000-750.000 Euro, teilte jüngst die Geschäftsführung mit. Die von den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft NGG geforderte Lohnerhöhung beläuft sich auf monatlich ca. 60.000 Euro.

Trotzdem wollten die Arbeitgeber nicht nachgeben. Ganz im Gegenteil. In der 6. Streikwoche wurde das bayrische Unternehmen Bernbacher vom Riesaer Management angefragt, die dringend benötigten Spaghetti zu produzieren. Die Gewerkschaft reagierte blitzschnell und veröffentlichte den Tarifvertrag, nach dem die Beschäftigten in Bayern entlohnt werden. Deren Stundenlohn war 5-6€ höher, als der Mindestlohn in Riesa. Die faule Ausrede der Eigentümerfamilie, das Unternehmen würde bei den geforderten 2€ mehr pleite gehen, war damit unglaublich – und eine Beleidigung für die Beschäftigten. Diese ließen sich nicht lumpen und kämpften umso motivierter weiter.



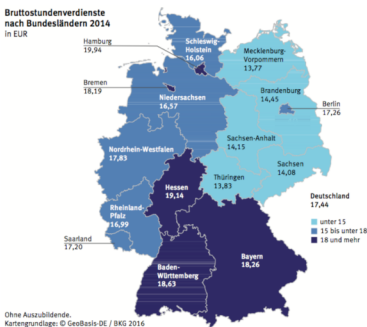
„Niedriglohnmauern einreißen!“

Innerhalb der 7 Wochen Streik haben sich die Streikenden einiges einfallen lassen und konnten politisch Druck aufbauen. Am Tag des Mauerfalls (09. November) wurden in Berlin, mit kreativen Mitteln, „Niedriglohnmauern“ eingerissen. Dadurch spielten sie auf das immer noch präsenste Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland an. Der Betriebskampf bei Teigwaren Riesa steht auch stellvertretend für viele Beschäftigte in Ostdeutschland.

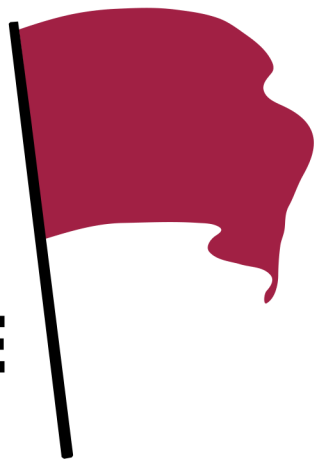
Die Beschäftigten erhielten viel Unterstützung von anderen Betrieben und Gewerkschaften. Es kamen Anrufe, Mails und Briefe von Menschen, denen es genauso ging, die mitfieberten und Solidarität aussprachen. Das ermutigte die Streikenden, weiterzukämpfen.

Das Kämpfen hat sich gelohnt.

Allen Forderungen wurde nachgekommen, womit die Eigentümerfamilie bei dem Vermittlungsverfahren am Ende wohl noch einigermaßen ihr Gesicht wahren wollte. Nun steigen die Stundenlöhne, für die rund 140 Beschäftigten des ostdeutschen Marktführers Riesa Nudeln, bis zum nächsten Jahr in Stufen um 2 Euro. Das entspricht einem Lohnplus von 346 Euro monatlich.



UNSERE PERSPEKTIVE



Vom Warnstreik zum Generalstreik

Die Aufzählung der verschiedenen Streiks und Arbeitskämpfe, die derzeit in Deutschland geführt werden, zeigt, wie die Bedingungen für die lohnabhängig Beschäftigten verbessert werden können. Durch Arbeitsniederlegung und den damit verbundenen Produktionsausfall oder die Störung der Infrastruktur können die eigenen Interessen verteidigt oder durchgesetzt werden. Diese Strategie der ArbeitnehmerInnen ist seit jeher ein probates Mittel.

Die bisherigen Beiträge machen deutlich, dass sich in Zeiten der Krise und der Angst vor einer ungewissen Zukunft viele Menschen aus grundsätzlich unterschiedlichen Branchen und Berufszweigen durch gewerkschaftliche Organisierung gegen die Verschärfung der eigenen Ausbeutung zur Wehr setzen. Bei aller Freude darüber dürfen wir eines nicht übersehen: uns ist es noch nicht gelungen, unser aller Interessen in einem zielgerichteten Kampf zu bündeln.

Unser Kampf darf nicht nur die Verbesserung unserer eigenen Arbeitsbedingungen zum Ziel haben.

Für einen klassenbewussten Arbeitskampf!

Durch eine branchenübergreifende politische ArbeiterInnenbewegung kann der Druck nicht nur auf den eigenen Chef, sondern auf eine ganze Regierung, ja auf ein ganzes System erhöht werden.

Wenn wir nach Frankreich schauen, sehen wir den Generalstreik, also den politischen Streik ganzer Berufsgruppen zur Durchsetzung eigener Forderungen, als Mittel von mehreren Millionen Menschen. So weit so gut, aber könnte das nicht auch in der BRD von unseren Gewerkschaften getragen werden?

Kurz gesagt: Nein, zumindest theoretisch nicht. Politische Streiks sind in Deutschland rechtlich nicht durch das Streikrecht gedeckt. Daraus könnten sich Schadensersatzansprüche der Wirtschaft gegen die zum Streik aufrufenden Gewerkschaften ergeben. Zum Beispiel dann, wenn der Streik innerhalb der tarifvertraglichen Friedenspflicht stattfindet oder statt tarifvertraglicher Ziele politische Ziele verfolgt. Die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahre 1955 beruht auf einem Gutachten eines gewissen Hans Carl Nipperdy. Dieser war einer derjenigen, die im Dritten Reich die Anpassung des Arbeitsrechts an die Ideologie des Nationalsozialismus vorangetrieben haben, ein Faschist.

Ein Interesse, diese völlig veralteten Gesetze zu erneuern, zeigen die deutschen Gerichte auch im Jahre 2023 nicht. Doch es wäre auch nicht anders zu erwarten.

Generalstreik statt Burgfrieden!

Der heutige Kampf der Gewerkschaften endet immer in einer reformistischen Sackgasse, die wiederum in eine opportunistische Haltung gegenüber den Arbeitgebern mündet. Dennoch wäre es falsch, auf die Gewerkschaften zu verzichten. Ihre Strukturen und Möglichkeiten müssen genutzt werden, um eine massenhafte, kämpferische Selbstorganisation zu ermöglichen! Unsere Interessen können letztlich keine bürgerlichen Parteien oder

Gewerkschafts-
bürokratInnen artikulieren,
das müssen wir selbst tun.

Sucht Gleichgesinnte im Betrieb, überzeugt andere, organisiert euch gewerkschaftlich und geht auf die Straße!

Arbeitskämpfe verbinden heißt in der Praxis, für gleiche realpolitische Ziele einzutreten, diese auch durchzusetzen und sich dabei nicht spalten zu lassen! Unsere Solidarität untereinander muss stärker sein als Gesetze, die nur die Profiteure schützen.

Der Generalstreik ist die einzig legitime Konsequenz!



www.rotewendeleipzig.org